



BESCHLUSS

Geschlechtergerechtigkeit als Regierungsziel!

Angesichts der angespannten internationalen Lage, geopolitischer Krisen und der drängenden Herausforderungen unserer Zeit sind politische Stabilität und entschlossene Reformen wichtiger denn je. Die zukünftige Bundesregierung steht vor der Herausforderung, den notwendigen Wandel aktiv zu gestalten. Dabei muss eines klar sein: Gleichberechtigung darf nicht als Randthema behandelt oder Kompromisse geopfert werden - sie muss vielmehr ein erklärtes Ziel jedes Regierungshandelns sein - gerade angesichts erstarkender frauenfeindlicher Tendenzen, nicht nur in den Sozialen Medien. Das Gutachten der Sachverständigenkommission zum Vierten Gleichstellungsbericht benennt dies unmissverständlich.

Der Katholische Deutsche Frauenbund e.V. (KDFB) fordert daher, dass in den Koalitionsverhandlungen klare und verbindliche Maßnahmen zur Geschlechtergerechtigkeit verankert werden. Dazu gehört auch, dass bestehende Fortschritte wie das Selbstbestimmungsgesetz erhalten bleiben und keine Rückschritte in der rechtlichen Anerkennung von Geschlechtervielfalt und sexueller Selbstbestimmung erfolgen. Wir bekräftigen unsere Forderungen, die wir bereits vor der Wahl verstärkt in den politischen Diskurs eingebracht haben.

Demokratie braucht Geschlechtergerechtigkeit! Wir fordern:

- Ein bundesweites Paritätsgesetz zur gleichen Repräsentation von Frauen.
- Verpflichtende Gleichstellungs-Checks für alle Gesetzesvorhaben.
- Entschlossenes Handeln gegen antifeministische und antidemokratische Strömungen.
- Die Überprüfung haushaltspolitischer Entscheidungen auf Bundesebene auf deren Auswirkungen auf Frauen und Männer.

Finanzielle Unabhängigkeit für Frauen! Wir fordern:

- Gleichen Lohn für gleiche Arbeit
- Funktionierende Regelungen für eine faire Verteilung der Sorgearbeit.
- Den Ausbau einer flächendeckenden Infrastruktur für Betreuung und Pflege sowie Lohnersatz für informelle Pflege von Angehörigen.
- Eine Reform der Steuerklassen und des Ehegattensplittings.
- Die Abschaffung der Einkommensanrechnung bei der Hinterbliebenenrente.

Gewaltschutz für Frauen national und international! Wir fordern:

- Mehr Schutz für Frauen in Krisen- und Konfliktregionen und stärkere Einbindung von Frauen in Friedensprozesse.
- Die Einführung eines eigenständigen Aufenthaltsrechts für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder im Asylsystem.
- Den Ausbau eines flächendeckenden Hilfe- und Unterstützungssystems, auch in ländlichen Regionen.
- Ein entschiedenes Eintreten gegen jegliche Gewalt gegen Frauen in all ihren Formen – von digitalen und verbalen Angriffen bis hin zum Femizid.

Gesundheit geschlechtergerecht! Wir fordern:

- Den Ausbau geschlechtsspezifischer Präventions- und Aufklärungsangebote, insbesondere frauenspezifischer Präventions- und Aufklärungsangebote.
- Die Förderung der Forschung zu geschlechtssensibler insbesondere frauenspezifischer Medizin.
- Die systematische Berücksichtigung von Geschlechterunterschieden in Gesundheitsversorgung und Forschung, wo bisher mehrheitlich nur männliche Probanden berücksichtigt werden.
- Den flächendeckenden Ausbau psychosozialer Beratungsstellen und Therapieplätze.

Diese Forderungen sind keine „Nebensächlichkeiten“, sondern zentrale Elemente einer zukunftsfähigen Gesellschaft. Geschlechtergerechtigkeit bedeutet soziale, wirtschaftliche und demokratische Stabilität. Die kommenden Jahre werden von tiefgreifenden Veränderungen geprägt sein – diese gilt es so zu gestalten, dass sie den Weg in eine gerechtere Zukunft ebnen.

Engagierte Bürger*innen, Vereine, Initiativen und Organisationen spielen eine wesentliche Rolle bei der Förderung von Gleichberechtigung, Toleranz und sozialer Integration. Der KDFB ist ein aktiver Teil dieser zivilgesellschaftlichen Bewegung und setzt sich seit mehr als 120 Jahren dafür ein, die Rechte von Frauen zu stärken und gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen. Gerade in Zeiten, in denen Antifeminismus zunehmend an Einfluss gewinnt, ist dieses Engagement von besonderer Bedeutung.

Als Teil der Frauenbewegung trägt der KDFB dazu bei, demokratische Werte zu fördern, den sozialen Zusammenhalt zu sichern und einer zunehmend polarisierten Gesellschaft entgegenzuwirken. Dabei betonen wir ausdrücklich, dass ein parteiliches Neutralitätsgebot nicht bedeutet, sich politisch nicht zu engagieren.

Vielmehr ist es Ausdruck einer lebendigen Demokratie, sich für grundlegende Werte wie Gleichberechtigung, Menschenwürde und Gerechtigkeit einzusetzen. Indem zivilgesellschaftliches Engagement gestärkt wird, trägt es maßgeblich zur Stabilität und Weiterentwicklung der Demokratie bei. Es ist daher von zentraler Bedeutung, dieses Engagement weiter zu unterstützen, um eine gerechtere und solidarische Gesellschaft zu gestalten.

Wir appellieren an die zukünftige Bundesregierung:

Machen Sie Gleichstellung zu einer Priorität der neuen Regierungskoalition. Wir erwarten, dass Sie sich entschlossen für eine geschlechtergerechte, solidarische und gewaltfreie Gesellschaft einsetzen.